LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

31.05.2023
Drucksache 8/2713

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT
–

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Zwangsausgesiedelte materiell würdigen - DDR-Unrecht bewältigen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/2668**

Der Landtag wolle beschließen:

Politisch Verfolgte der DDR und der SBZ nicht alleine lassen

Der Landtag stellt fest, dass

1. den zwangsausgesiedelten Menschen an der innerdeutschen Grenze großes Unrecht und Leid zugefügt wurde. Allein in Sachsen-Anhalt waren über 2.500 Menschen von Zwangsaussiedlungen betroffen.

2. der Bund mit dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz bereits seit 1994 die Rehabilitierung und Entschädigung von Zwangsausgesiedelten abschließend geregelt und ihnen dabei im Vergleich zu anderen Opfergruppen eine starke Rechtsposition zugewiesen hat. Seit November 2019 können Betroffene eine Einmalzahlung in Höhe von 1.500 Euro erhalten, wenn es sich bei der Zwangsaussiedlung um eine rechtsstaatswidrig festgesetzte „Zersetzungsmaßnahme“ handelte und sie bislang deswegen keine Ausgleichsleistungen erhalten haben.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

den von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur seit Herbst 2022 verwalteten „Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte“ weiterhin zu unterstützen.

(Ausgegeben am 31.05.2023)

Begründung

erfolgt mündlich.

Guido Heuer	Dr. Katja Pähle	Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz CDU	Fraktionsvorsitz SPD	Fraktionsvorsitz FDP